

# Pulsnitzer Tageblatt

Herausgeber 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146 **Bezirksanzeiger**

**Wochenblatt** Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

**Ercheint an jedem Werktag**  
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pfl.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pfl., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pfl.; amtlich 1 mm 30 Pfl. und 24 Pfl.; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwanngsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Kontursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tag Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt  
Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großnaundorf, Brettnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Tschelendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Nichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Jub. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 123

Dienstag, den 29. Mai 1928

80. Jahrgang

Wegen Reinigung der Geschäftsräume werden

Freitag und Sonnabend, den 8. und 9. Juni 1928

nur dringende Sachen erledigt.

Amtsgericht Pulsnitz, den 24. Mai 1928.

Amtlicher Teil.

haben im  
**Anzeigen Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg!**

## Das Wichtigste

In der Reichshauptstadt fand Pfingsten der rote Frontkämpfertag statt. Der Reichsfinanzminister hat eine Reihe von Vereinfachungsmaßnahmen in der Finanzverwaltung angeordnet.  
Die Deutschen Ostoberschlesiens haben einen neuen Hilferuf an den Völkerbund gerichtet.  
Von der Erdbebenwarte in Hohenheim wurde vorgestern ein starkes Fernbeben registriert. Nach den angestellten Berechnungen muß der Herd des Erdbebens in einer Entfernung von 9400 km liegen.  
Vor der Agraruniversität fanden gestern große Kundgebungen gegen die Unterzeichnung des Nettuno-Vertrages und gegen Mussolini statt. Wie das amtliche albanische Nachrichtenbüro mitteilt, ist der albanische Außenminister N. Bey Brioni vorgestern nach Genf abgereist, um an den Besprechungen, die sich auf Albanien beziehen, teilzunehmen.  
Die Erdbebenwarte in Kairo registrierte am gestrigen Montag ein ziemlich schweres Beben, dessen Herd etwa 6000 Meilen entfernt liegt.  
Vor dem New Yorker Hafen werden 15 Dampfer infolge Nebels an der Einfahrt verhindert, darunter der Papagaidampfer „New York“ mit 2500 Personen an Bord.  
Wie aus Buenos Aires gemeldet wird, wurde am Pfingstmontag auf das Haus des italienischen Konsuls in Buenos Aires ein Bombenattentat verübt. Es wurde niemand verletzt, doch richtete die Bomben großen Schaden an.

## Vertikale und sächsische Angelegenheiten

**Pulsnitz.** (Pfingsten), das echte und rechte Fest des Frühlings, wo schon die Herzen aller Menschen in Lebenslust und Lebensfreude höher schlagen, zeigte sich nach den vorhergegangenen Tagen und im Widerspruch zu den wenig Hoffnung auf besseres Wetter verheißenden Voraussagen der Wetterpropheten doch noch in schönem Sonnenglanz. So ist das anhaltend gute Pfingstwetter allgemein um so dankbarer begrüßt worden. Seine Einleitung fand das Fest am Sonnabend, 8 Uhr abends durch Glockengeläut, Singen und Wachen vom Turme, dessen lieblichen Töne weit hörbar waren und dankbaren Herzens aufgenommen wurden. Die Gottesdienste der beiden Festtage, verschönt durch ansprechende Vorträge des Kirchenchors und des Herrn Kapellmeisters Mitschke, sahen andächtige Gemeinden. Das herrliche Wetter lockte Jung und Alt hinaus in Gottes freie Natur zur ersehnten und erquickenden Erholung. — Wie es nun bei dem schönen Wetter und bei der Beliebtheit des Pfingstschiefens nicht anders zu erwarten war, war der Verkehr am gestrigen zweiten Feiertag in unserer Stadt ein ganz enormer. Das Pfingstschiefen, welches nachmittags mit dem festlichen Auszug des uniformierten Schützen-Jäger-Corps seinen Anfang nahm, hatte eine große Anziehungskraft ausgeübt und auf dem Festplatz, wo es an Unterhaltung nicht fehlt, herrschte reges Leben. Auch heute, am „dritten Feiertag“ wird sich der Festplatz bei dem sonnigen Wetter nochmals beleben.

(Obstbauberatung.) Die Beratungsstelle für Obstbau bei der Amtshauptmannschaft Ramenz ist am ersten Donnerstag eines jeden Monats geöffnet. Ausnahmsweise wird die Beratungsstelle für Juni am Donnerstag, 31. Mai, vormittags 8—11 Uhr, geöffnet sein, worauf Interessenten hingewiesen werden. In diesem Zusammenhange sei besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die volkswirtschaftlich so wichtige Frage der Umveredlung auch jetzt noch durchgeführt werden kann und über Sortenwahl und Beschaffung von geeigneten Edelreibern eine Beratung sehr wertvoll sein dürfte. Die Zeit für eine Sommerbehandlung unserer Obstbäume und Beerensträucher gegen fressende Insekten und Pilzbesatz ist gekommen. Auskunft über Stärke des Spritzmittels, Verwendung von Giftbrühen und alle anderen Fragen erteilt kostenlos die Beratungsstelle.

(Die Kosten der Reichstagswahlen.) Die Methoden der großen Propaganda von den heutigen Wahlen sind andere als früher. Von Flugzetteln usw. kommt man immer mehr ab, dagegen überflutet man das Volk mit Broschüren und ganzen Zeitungsausschnitten, wie es unsere Leser bei der jetzigen Reichstagswahl besonders gut veranschaulicht haben, Plakate, Grammophone, Lautsprecher usw. vervollständigen

## Der Donezprozeß im politischen Fahrwasser

Unhaltbare Verleumdungen gegen den Ingenieur Badstieber

Die deutsche Regierung verlangt Erklärung für die Verhaftungen in Zweibrücken — Viktor Basch für Rheinlanddräumung  
Günstiger Eindruck der japanischen Antwortnote in Washington — Unterzeichnung des türkisch-japanischen Freundschaftsvertrages

**Moskau.** Der Donez-Prozeß beginnt allmählich in das politische Fahrwasser hinüberzugleiten. Zum erstenmal beschäftigt man sich mit den angeblichen Verfehlungen der deutschen Ingenieure. Vor allen Dingen interessierte die Aussage des Angeklagten Nikischin besonders den Staatsanwalt, weil er dem Gerichtshof Belastungsmaterial in die Hände zu spielen schien.

Nikischin, ein Handwerker ohne große Fachkenntnisse, ließ sich besonders über die von der deutschen Firma Knapp gelieferten Maschinen aus und behauptete, sie seien schlecht und teilweise unbrauchbar gewesen. Allein die Verpackung — der Angeklagte erklärte wörtlich, sie seien „wie Kohlköpfe verpackt“ gewesen — habe ihm gezeigt, daß es sich hier um veraltetes und unbrauchbares Material handelte.

Nikischin ist bemüht, das deutsche Maschinenmaterial herunterzufahren,

das er ebenso wie die sowjetrussischen Maschinen für unbrauchbar erklärt. Die Schuld legt er aber weniger der deutschen Firma zur Last, sondern dem mitangeklagten Ingenieur Gerlehtl, der die Maschinen, obwohl er auch die Unbrauchbarkeit ein sah, abgenommen habe, um die Betriebe zu schädigen. Gerlehtl dagegen, ein alter, erfahrener Ingenieur, behauptet, daß die Maschinen durchaus leistungsfähig gewesen seien.

Als Badstiebers Verteidiger und der Vorsitzende Nikischin auf diese Widersprüche aufmerksam machten, kommt der Angeklagte in Verlegenheit, fährt aber fort, Badstieber weiter zu belästigen. Er erklärt, von Badstieber 400 Rubel im Auftrage der Firma Knapp für Ueberstunden und besondere Bemühungen erhalten zu haben, in Wirklichkeit aber nur als Schweigegeld, um bei der Abnahme der Maschinen keine Schwierigkeiten zu machen. Auch hierin widerspricht sich Nikischin, indem er später erklärt, daß er gar keinen Einfluß auf die Abnahme der Maschinen gehabt habe.

### Die deutsche Regierung verlangt Erklärung für die Verhaftungen in Zweibrücken.

**Berlin.** Wegen des Vorfalles in Zweibrücken hat der deutsche Vertreter bei der Rheinlandkommission den Antrag gestellt, daß der deutschen Regierung eine Mitteilung über die Gründe gemacht wird, die zur Verhaftung von Deutschen durch die Besatzungsbehörde Anlaß gegeben haben. Diplomatische Schritte der deutschen Regierung sind noch nicht erfolgt, da zunächst die Antwort der Rheinlandkommission abgewartet wird.

### Viktor Basch für Rheinlanddräumung

**Paris, 28. Mai.** Der Sturm der Empörung, den in der deutschen Presse die Ausführungen Viktor Basch ausgelöst hatten, da er sich in Berlin, Hamburg und Leipzig gegen eine vorzeitige Rheinlanddräumung ausgesprochen und sie als eine rein „juristische“ Frage bezeichnet hatte, scheint Basch doch Anlaß zur Selbstkehr gegeben zu haben. Er sucht seine rasche Sinnesänderung allerdings mit dem Wahlsieg der Sozialdemokratie zu bemängeln. Das Versagen der französischen linken Parteien in der Frage der vorzeitigen Rheinlanddräumung sucht er mit der Behauptung zu begründen, daß man in den Friedenswillen Deutschlands kein volles Vertrauen haben könne. Basch schreibt in der Volonte nimmehr u. a.: Die Antwort die die deutschen Wähler auf unsere Frage gegeben haben, beweist uns, wo heute unsere Pflicht liegt, nämlich mit all unseren Kräften für die Räumung einzutreten. Unsere Aufgabe ist, unseren Mitbürgern zu beweisen, daß die Stunde gekommen ist, aus dem Fleische Deutschlands den Dorn fremder Truppen herauszureißen und unsere Nachbarn von dieser Kette zu befreien, deren Gewicht wir nicht gefannt haben.

### Günstiger Eindruck der japanischen Antwortnote in Washington

**London, 28. Mai.** Die am Sonnabend dem amerikanischen Botschafter in Tokio überreichte Antwort der japanischen Regierung auf den amerikanischen Kriegsverzichtvorschlag hat in Washington einen sehr günstigen Eindruck hervorgerufen, da die Note alle Befürchtungen auf etwaige japanische Vorbehalte zerstreut. Japan verzichtet auf die Aufstellung einer Art japanischer Monroe-Doktrin, mit der man offenbar innerhalb amerikanischer Regierungskreise gerechnet habe. Als ebenso bemerkenswert wird die Tatsache angesehen, daß Japan sich ausschließlich auf die Kelloggische Erklärung stützt, wonach der amerikanische Entwurf nichts enthalte, was irgendwie den japanischen Verpflichtungen als Völkerbundmitglied oder den Verpflichtungen der Locarno-mächte, denen es mit angehört, entgegenstehe.

### Unterzeichnung des türkisch-afghanischen Wirtschafts-Vertrages

**Konstantinopel, 28. Mai.** Der türkische und der afghanische Außenminister unterzeichneten heute in Angora einen türkisch-afghanischen Freundschaftsvertrag. Der auf zehn Jahre abgeschlossene Vertrag enthält keine Bündnispflicht im Fall eines Angriffs von dritter Seite, jedoch enthält er ein Unterstützungsverprechen. Die Türkei ist nach dem Vertrag verpflichtet, Sachverständige zur Neuordnung des afghanischen Heereswesens und Unterrichts nach Kabul zu entsenden.

König Aman Ullah reist heute von Angora nach Konstantinopel ab, um sich Mitte der Woche in Begleitung russischer Kriegsschiffe nach Batum zu begeben.

### Neuer Hilferuf der Deutschen Ostoberschlesiens an den Völkerbund.

**Kattowitz.** Der Deutsche Volksbund hat ein Telegramm an den Völkerbund gerichtet, in dem er auf den Terror aufmerksam macht, den die Polimobdschaft bei den Schulaufsichtungen zu den Minderheitenschulen in Polnisch-Oberschlesien übt. Das Telegramm enthält folgende besonders traurige Fälle:

In der Nacht zum 22. Mai wurden bei neun Erziehungsberechtigten in Godulla-Hütte Fensterheben eingeworfen. Eine Frau und ein Kind in der Wiege wurden verletzt. Am 24. Mai wurden in Godulla-Hütte an 50 bis 65 Stellen die Namen der Erziehungsberechtigten veröffentlicht unter Angabe ihrer Wohnungen. Eine Bekanntmachung hängt im Gemeindehaufe. Die Bekanntmachung beginnt mit den Worten: „Zu Schimpf und Schande und zur öffentlichen Brandmarkung geben wir die Namen der Erziehungsberechtigten bekannt, die ihre Kinder zur deutschen Schule angemeldet haben.“

Das Telegramm schließt mit den Worten: „Die Behörden tun nichts zum Schutze der Bedrohten. Wir bitten um Schutz für die deutschen Minderheiten. Im Namen der deutschen Abgeordneten von Polnisch-Oberschlesien Senator Dr. Pant, Abg. Rosumet.“

### Poincaré schützt die elsässischen Geschworenen.

**Paris.** Die in Saint-Malo abgehaltene Pfingsttagung des nationalen Frontkämpferbundes richtete auf Vorschlag des elsässischen Vertreters Rueff ein Telegramm an Poincaré, in dem er sich gegen den Schritt des Abgeordneten Walther zugunsten der Verurteilung von Kollmar verwehrt und wünscht, daß das Kollmarer Urteil voll und ganz vollstreckt werde. Poincaré